

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration			27. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 20.09.2018	Sitzungsbeginn: 15:20 Uhr	Sitzungsende: 16:50 Uhr	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Hanseraum, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle eröffnet die Sitzung der Deputation und begrüßt deren Mitglieder, Sachverständige und Gäste.
Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Möhle auf die verteilten Tischvorlagen hin.

Tischvorlagen:

Es wurden Austauschseiten zu folgenden Vorlagen verteilt:
Vorlage Nr. 122/19 (korrigierte Beschlussvorschläge und Streichung eines Satzes)
Vorlage Nr. 123/19 (Einfügung von 2 Sätzen auf Grundlage des Senatsbeschlusses)

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018 **-Aussetzung-**
2. Produktbereichs-Controllingbericht 2018 (Januar bis Juni)
für den Produktplan 41 - Jugend und Soziales - inkl. Bericht Sozialleistungen Juni 2018
und Haushaltsvollzugsangelegenheiten
(Vorlage Nr. 121/19)
3. Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen:
Kindergrundsicherung einführen!
Antrag der Fraktion Die Linke vom 09.05.17 (Neufassung der Drucksache 19/1049 vom
04.05.17) (Drucksache 19/1056)
(Vorlage Nr. 122/19)
4. Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen
Behindertengleichstellungsrechts
(Vorlage Nr. 123/19)
5. Fachkräftegewinnung in der Altenpflege / Aktueller Stand
(Vorlage Nr. 124/19)
6. Vorschlag Sitzungstermine der Deputation für Soziales, Jugend und Integration für das 1.
Halbjahr 2019
(Vorlage Nr. 125/19)
7. Verschiedenes
 - a) Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer von Daesh*-Terror geworden
sind, aufsetzen
(Mündlicher Bericht)

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 20.09.2018	Protokoll-Seite: 2
--	------------------------	-----------------------

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018
-Aussetzung-**

**TOP 2: Produktbereichs-Controllingbericht 2018 (Januar bis Juni)
für den Produktplan 41 - Jugend und Soziales - inkl. Bericht Sozialleistungen
Juni 2018 und Haushaltsvollzugs-angelegenheiten (Vorlage Nr. 121/19)**

Eine Nachfrage von Frau Grönert (Fraktion der CDU) wird von Frau Senatorin Stahmann beantwortet.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nehmen den Produktbereichs-Controllingbericht Juni 2018 und den Bericht Sozialleistungen, Juni 2018, zur Kenntnis.

**TOP 3: Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen:
Kindergrundsicherung einführen!**

**Antrag der Fraktion Die Linke vom 09.05.17 (Neufassung der Drucksache
19/1049 vom 04.05.17) (Drucksache 19/1056) (Vorlage Nr. 122/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die am 25. Mai 2018 durchgeführte öffentliche Anhörung mit Expert*innen zum Thema. Die Dokumentation der Anhörung ist der Deputationsvorlage beigelegt. Konsens sei gewesen, dass wir ein Modell brauchen, das schwachen Familien hilft.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) beantragt getrennte Abstimmung der Punkte 1, 2, 3, und 5 sowie des Punktes 4 des Beschlussvorschlages. Sie spricht sich dafür aus, das Wort „Kindergrundsicherung“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) erläutert, warum die Fraktion Die Linke den Antrag eingebracht hat. Durch den durchgeführten Prozess haben sie den Antrag ernst genommen gefühlt, sind jedoch mit dem Beschlussvorschlag unzufrieden.

Herr Buhlert (Fraktion der FDP) weist darauf hin, dass die FDP dem Beschlussvorschlag zustimmen kann, er gehe in die richtige Richtung, über das Ergebnis könne man dann streiten.

In der Diskussion aufgeworfene Fragen werden von Herrn Staatsrat Fries und Frau Senatorin Stahmann beantwortet.

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Punkte 1. und 2. des Beschlussvorschlages zur Kenntnis. Sie stimmt dem Punkt 3 gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke zu.

Zu Punkt 4 stellt Frau Ahrens (Fraktion der CDU) folgenden Änderungsantrag:

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration sieht weiterhin eine Notwendigkeit in der Überarbeitung und Zusammenfassung der Leistungen für Kinder und Jugendliche, um die Situation als solche für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, sich weiterhin aktiv in die Arbeit der entsprechenden AG der ASMK einzubringen und offene Fragen zu klären.

Dieser Änderungsantrag wird bei Enthaltung der Fraktion der FDP und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) stellt zu Punkt 4 folgenden Änderungsantrag:

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration sieht in der Einführung einer Kindergrundsicherung grundsätzlich ein geeignetes Mittel zu Verbesserung der Situation von

Familien in Deutschland sofern sie einen Ausgleich sozio-ökonomischer Ungleichheiten vorsieht. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, sich weiterhin aktiv in die Arbeit der entsprechenden AG der ASMK einzubringen und offene Fragen zu klären.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und Herrn Tassis (AfD) abgelehnt.

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt dem unveränderten Punkt 4 des Beschlussvorschlages, bei Enthaltung der Fraktion der CDU, zu.

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt dem Punkt 5 des Beschlussvorschlages einstimmig zu.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Dokumentation der Öffentlichen Anhörung zur Kindergrundsicherung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 25.05.2018 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht vom 05.09.2018 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!“ vom 09.05.2017 zur Kenntnis.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 09.05.2017 (Drucksache 19/1056) „Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!“ abzulehnen.
4. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration sieht in der Einführung einer Kindergrundsicherung grundsätzlich ein geeignetes Mittel zu Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sich weiterhin aktiv in die Arbeit der entsprechenden AG der ASMK einzubringen und offene Fragen zu klären.
5. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport der Deputation über den Fortgang der Arbeit der AG der ASMK zu berichten.

TOP 4: Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts (Vorlage Nr. 123/19)

Herr Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter) bedankt sich bei dem Mitarbeiter*innen des Ressorts, die viel Arbeit und Herzblut in die Erarbeitung des Gesetzentwurfes gegeben haben. Er weist auf etliche positive Regelungen im Entwurf hin. Er berichtet aber auch, dass Regelungen, die im Arbeitsentwurf am 25.7.2018 noch enthalten waren, nun aber entfallen sind, was er sehr bedauert. Er richtet den Wunsch an die Parlamentarier, dass er im Rahmen eines Fachgesprächs mit ihnen über die entfallenen Regelungen sprechen kann.

Frau Senatorin Stahmann und die Deputierten begrüßen ein solches Fachgespräch zwischen der 1. und 2. Lesung des Gesetzentwurfes.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts zur Kenntnis.

**TOP 5: Fachkräftegewinnung in der Altenpflege / Aktueller Stand
(Vorlage Nr. 124/19)**

Am Austausch beteiligen sich Frau Grönert (Fraktion der CDU), Herr Buhlert (Fraktion der FDP), Herr Erlansson (Fraktion Die Linke), Frau Jäschke (SPD) und Frau Cerna (Bremer Rat für Integration). Mit Ausnahme von Frau Grönert (Fraktion der CDU) begrüßen die Redebeiträge die Vorlage und die Erweiterung der Zielgruppe des Sonderprogramms.

Folgender Beschluss wird gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und Herrn Tassis (AfD) gefasst:

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Erweiterung der Zielgruppe des Sonderprogramms zu.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Konzepts über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, regelmäßig über den Stand der Umsetzung des Konzeptes zu berichten. Erstmals soll dies Ende 2018 erfolgen.

**TOP 6: Vorschlag Sitzungstermine der Deputation für Soziales, Jugend und
Integration für das 1. Halbjahr 2019
(Vorlage Nr. 125/19)**

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den folgenden Sitzungsterminen einstimmig zu:

- Donnerstag, 17. Januar, 15:15 Uhr
- Donnerstag, 21. Februar 15:15 Uhr
- Donnerstag, 21. März 15:15 Uhr
- Donnerstag, 02. Mai 15:15 Uhr

TOP 7: Verschiedenes

**a) Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer von Daesh*-Terror
geworden sind, aufsetzen
(Mündlicher Bericht)**

Frau Senatorin Stahmann berichtet, dass die Gespräche mit Brandenburg vorübergehend zum Erliegen gekommen sind, weil es einen Wechsel in der Hausspitze gab. Ein weiterer Bericht soll in einer der kommenden Sitzungen aufgerufen werden, wenn eine Klärung erfolgt ist.

Fragen von Frau Grönert (Fraktion der CDU), Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) und Frau Ahrens (Fraktion der CDU) beantwortet Frau Senatorin Stahmann wie folgt:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport traut sich zu, 20 jezidische Frauen aufzunehmen und adäquat zu betreuen. Das Bundesministerium des Inneren (BMI) habe sehr hohe Handlungsmaßstäbe an die Auswahl der Frauen vor Ort gelegt, die Zustimmung des BMI sei jedoch für ein Aufnahmeprogramm erforderlich. Baden-Württemberg ist bislang das einzige Bundesland das in 2015 ein Aufnahmeprogramm für jezidische Frauen aufgelegt habe. Heute gelten jedoch schärfere Asylgesetze als noch 2015.

Frau Senatorin Stahmann werde Kontakt zu den Kirchen und der Diakonie aufnehmen und um Unterstützung werben.

Herr Möhle (Fraktion der SPD) äußert sein Unverständnis darüber, dass es so lange dauert.

Frau Leonidakis (Fraktion die Linke) bitte um Informationen zur Belegung der Elsflether Straße, diese werden ihr von der Verwaltung per E-Mail übersandt werden.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

b) Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Herr Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter) weist darauf hin, dass das BTHG die Rechtsstellung der Werkstatträte gestärkt und Frauenbeauftragte in den Werkstätten geschaffen habe. Es gebe mittlerweile auch gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Sein Eindruck sei jedoch, dass diese nicht ausreichend von den Werkstätten unterstützt werden. Er regt deshalb an, dies zum Thema auf einer Deputationssitzung zu machen und die Werkstatträte dazu einzuladen.

Sprecher

Protokollführerin

Anlage/n:

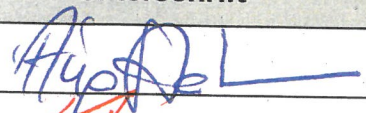
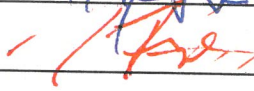
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

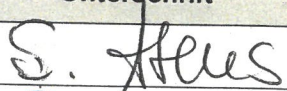
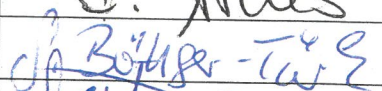
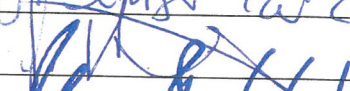
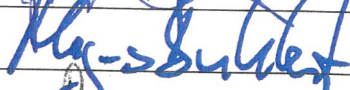
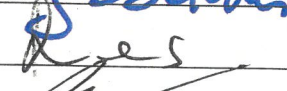

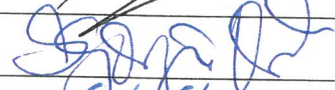
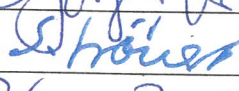
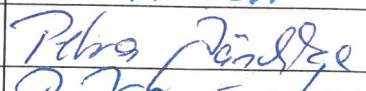
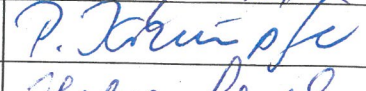
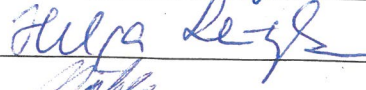

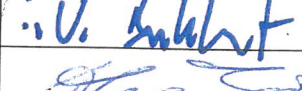


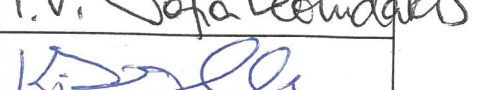


Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 20.09.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werksttt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:20 ^{Uhr} Ende der staatlichen Sitzung: 16:50 ^{Uhr}
 Beginn der städtischen Sitzung: 17 Uhr Ende der städtischen Sitzung: 18 Uhr

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Böttger-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Dr. Buhlert, Magnus (MdBB) FDP		X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Land - B'90/Die Grünen	X		
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Möhle, Klaus (MdBB) - Sprecher - SPD	X	X	
Dr. Redder, Volker FDP	X		
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
Yildiz, Kebire (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Stadt - B'90/Die Grünen	X	X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 20.09.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werksttt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	--

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Pete Koller	SJFIS
Bodo SG - od	SJFIS
Frank Neve	NSD
CHRISTIANE SCHRADER	SJFIS
Kirsten Kullmann-Hüedde	SJFIS
Donk. Hoop	SDFD

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
D. Stegmann	LAG Selbsthilfe HP